

## Pressestatement

# Finanzielle Stabilisierung ist nur ein erster Schritt auf dem Weg zu einer nachhaltigen Reform des Gesundheitssystems

**Das BStabG allein schafft nicht mehr Effizienz und Effektivität in der Versorgung. Die Politik muss die Handlungsspielräume der Krankenkassen erweitern.**

Düsseldorf/Hamburg, 10. Juli 2026

**Anlässlich der Entscheidung des Bundestags zum Beitragssatzstabilisierungsgesetz (BStabG) sagt Günter Wältermann, Vorstandsvorsitzender der AOK Rheinland/Hamburg**

„Das Beitragssatzstabilisierungsgesetz verschafft der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) eine vorübergehende Atempause. Es ist jedoch sozial nicht gerecht ausbalanciert und belastet die Versicherten und Arbeitgebenden trotz kurzfristiger Änderungen in erheblichem Ausmaß.

Die Ausgaben in der GKV an den Einnahmen auszurichten, wie es das Gesetz vorsieht, ist zwingend notwendig. Doch wer dauerhaft stabile Beiträge will, muss die Ursachen der stetig steigenden Kosten angehen. Unser Gesundheitssystem braucht weniger Ineffizienzen, mehr Tempo bei Strukturreformen sowie gezielte Investitionen in Prävention und eine moderne Versorgung.

Ebenso wichtig ist eine stärkere Ausrichtung auf Qualität. Krankenkassen können die Versorgung vor Ort aktiv mitgestalten und Innovationen fördern. Dafür

benötigen sie faire Wettbewerbsbedingungen und mehr Handlungsspielräume. Wer Verantwortung für alle Versicherten übernimmt, darf im Wettbewerb nicht benachteiligt werden.

Die Politik hat jetzt Zeit gewonnen. Entscheidend ist, dass sie diese für nachhaltige Reformen nutzt, um dauerhaft stabile Beiträge mit einem leistungsfähigen und zukunftsfesten Gesundheitssystem zu verbinden."